



Berlin, 14.11.2011

GdP zum Verkehrssicherheitsprogramm:

Medikamente unterschätzte Gefahr im Straßenverkehr

Berlin. Als längst überfällig hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Pläne des Bundesverkehrsministers bezeichnet, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit den Medikamentenkonsum im Hinblick auf die Verkehrstüchtigkeit ins Auge zu fassen. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Nicht nur Alkohol und illegale Drogen, sondern auch Medikationen sind eine zunehmende Gefahr.“ Positiv bewertet die GdP, die angekündigte Prüfung kooperativer Sicherheitssysteme zur Frühwarnung vor Gefahrenstellen, die Einführung des automatisierten Notrufs nach Unfällen sowie eine Forderung nach Standardisierung der Mindestausrüstung für Fahrräder und Pedelecs.

Nicht einverstanden ist die Gewerkschaft der Polizei mit der lapidaren Ausstattung von Unfallbrennpunkten mit Starenkästen. Witthaut: „Dabei bleibt die gute Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei im Rahmen von Anhaltekontrollen und qualifizierten Verkehrsgesprächen auf der Strecke. Wieder einmal wird die Chance vertan, Überzeugungsarbeit für die Verkehrssicherheit im Straßenverkehr zu leisten.“

Bernhard Witthaut: „Wenn der Bundesverkehrsminister die Regelakzeptanz der Bürger fördern will, muss er sich in den Ländern für mehr Personal zur Verkehrsüberwachung einsetzen. Parallel dazu sollte er sich aber auch bemühen, die Verkehrsmaßnahmen der Behörden deutschlandweit so zu koordinieren, dass Verkehrsteilnehmer überall einigermaßen gleiche Beschilderungen antreffen.“

Dem größten Ärgernis, der Baustellenflut bei steigendem Anteil des Schwerlastverkehrs, habe der Verkehrsminister, so Witthaut, offensichtlich nichts entgegen zu setzen. Witthaut: „Das Grundübel, Autobahnen in Lagerhallen zu verwandeln, geht er nicht an. Stattdessen baut er Parkplätze und regelt deren Verfügbarkeit elektronisch. Die Autobahnen werden immer voller, die Überholmanöver der Landstraßen-Kapitäne immer krimineller und die Staus wachsen proportional zu der Zahl neu eingerichteter Baustellen, in denen sich oft nichts tut.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190